

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 29.06.2018

Von Theo Wentzke
01.07.2018

In der Zwickmühle

Japan muss seine ökonomischen Ziele militärisch flankieren. In Konkurrenz zu China ist das Land dafür auf die Schutzmacht USA angewiesen, von der es sich aber gerade emanzipieren will. Japan unter Shinzo Abe (Teil II und Schluss)



Die Ordnung, die Japan in Asien zur Sicherung seiner Interessen stiften will, wähnt der Inselstaat von China bedroht. Gegen diese Bedrohung gibt es ein mächtiges Mittel, das aber nicht sein eigenes ist: die militärische Gewalt des Alliierten USA (gemeinsame Übung US-amerikanischer und japanischer Soldaten am 8.12.2017, Kumamoto)

Foto: Kyodo/dpa

Das Ziel, das Japans Ministerpräsident Shinzo Abe verfolgt, lautet Emanzipation vom US-Dollar und Internationalisierung des Yen. Mit diesem Bemühen gehen Japans Wirtschaftspolitiker mit ihrer nach wie vor überlegenen Wirtschafts- und – einstweilen noch hauptsächlich durch ihren Dollar-Schatz beglaubigten und wirksam gemachten – Finanzmacht auf die Staaten ihrer angepeilten Wirtschaftssphäre los. Von weit größerem Gewicht für Japans Yen-Politik als dieses Umfeld ist freilich China: Einerseits als Markt und Anlagesphäre für japanisches Kapital, andererseits betätigt sich die Volksrepublik mittlerweile selbst als Kapital- und Finanzmacht in genau der Region, in der Japan sich durchzusetzen versucht. So dass Japan nicht umhinkommt, seine Politik der ökonomischen Emanzipation von den USA und dem US-Dollar zugleich in Konkurrenz zu China und dessen Streben nach autonomer kapitalistischer Weltmacht zu betreiben.

Konkurrent Volksrepublik

In der Volksrepublik haben japanische Kapitale lange erfolgreich Geschäfte gemacht, zu ihrem freiwilligen Übergang vom Staatssozialismus zum Kapitalismus und zum Aufstieg zu einer wirtschaftlichen Weltmacht maßgeblich mit beigetragen und davon profitiert. Inzwischen hat China die USA als größter Handelspartner Japans abgelöst. Weil umgekehrt Japan einer der größten Handelspartner Chinas ist, hat Beijing beschlossen, den bilateralen Handel mit Japan nicht mehr in Dollar, sondern in Yuan bzw. Yen zu fakturieren. Das mag den japanischen Plänen zu einer Emanzipation vom Dollar entgegenkommen. Unübersehbar aber ist, dass dieser Schritt von der chinesischen Führung dazu unternommen wurde, die Wachstumserfolge ihrer Nation in einen Auftritt als eigenständige Finanzmacht zu verwandeln. Anders als im Falle der anderen asiatischen Nationen begegnet Japan in China einem Aufsteiger, der von sich aus und aus überlegener Warte die asiatisch-pazifische Region zu seinem ökonomischen Besitzstand als Zulieferer, Absatzmarkt und Investitionsstandort zu machen gedenkt. Anders als Japan ist China im Begriff, die Region zum Mittel für ein nach wie vor stattfindendes nationales Wachstum zu machen. Es nimmt sich also die Freiheit, die Internationalisierung seiner Währung nicht von japanischen Angeboten und Bedingungen bestimmen zu lassen. Statt einer einseitigen Abhängigkeit vom Dollar erfreut sich Japan damit nun einer doppelten: vom Dollar und Dollar-Geschäften und von seinen ökonomischen Beziehungen zu China – allerdings ohne dass es in der Lage wäre, gegenüber den großen Partnern im Westen und im Osten die Bedingungen dieser Beziehungen zu bestimmen.

Japan versucht auf verschiedene Weisen, die kleineren Ökonomien der asiatisch-pazifischen Umgebung zu einem Wirtschaftsraum zu machen, den es dominiert und

mittels dessen es sich in der Konkurrenz um die ökonomische Dominanz in der Asien-Pazifik-Region gegen China durchsetzen kann. Der wichtigste und einigermaßen gewagte Versuch in dieser Richtung sollte für Japan die »Transpazifische Partnerschaft« (TPP) sein. Diesen von den USA initiierten, weitgehend von deren Vorstellungen und Forderungen in Sachen Freihandelsliberalisierung bestimmten Vertrag wollte Japan für sich nutzen: Der von den USA gefestigte Zugriff auf die asiatisch-pazifische Wachstumsregion sollte dem nationalen Leiden ein Ende bereiten. Dafür hatte sich Abe sogar darauf eingelassen, bisher bestehende Beschränkungen für den Zugriff ausländischen, sprich US-amerikanischen Kapitals auf den japanischen Kapital- und Kreditstandort zu streichen.

Zugleich muss Japan anerkennen, dass China die Erfolgsmaßstäbe für die Konkurrenz längst über den Wirtschaftsraum Asien hinausgetrieben hat. In der Konzeption der chinesischen Belt-and-Road-Initiative (BRI oder »Neue Seidenstraße«) ist Asien als Ganzes ein zwar wichtiger, aber eben nur ein Baustein bei der ökonomischen Expansion der Volksrepublik, die im Rahmen der BRI ganz offiziell bis nach Westasien, Afrika und Europa vorangetrieben werden soll. Dieser Umstand, dass neben den USA mit China nun eine zweite gewaltige ökonomische Macht dazu ansetzt, Asien als ihren Wirtschaftsraum herzurichten, bedeutet für Japan nur eines: Es muss seine Emanzipationsbestrebungen von der amerikanischen Dollar-Macht von vornherein in Konkurrenz zum neuen großen Gegenspieler in seiner Weltgegend auf höchster wirtschafts- und währungsstrategischer Stufe führen.

Diese Konkurrenz nimmt Japan unter Führung Abes entschlossen auf und legt sein gesamtes ökonomisches Gewicht in die Waagschale. Mit Indien verbündet es sich zum Projekt eines »Asia–Africa Growth Corridor«, der Japan den südasiatischen Raum um Indien herum und von da aus vor allem Afrika ökonomisch erschließen soll. Im Zuge dessen räumt Japan, in Südostasien nach wie vor noch der mit Abstand größte Investor, den Zentralbanken mehrerer Staaten in der Region großzügige Yen-Kreditlinien ein. Es vergibt – nach chinesischem Vorbild – auch direkt oder über die japanisch kontrollierte Asian Development Bank Milliardenkredite zur Finanzierung von großen Infrastrukturvorhaben wie der Einrichtung von Hochgeschwindigkeitsbahnlinien (Malaysia, Vietnam, Indien) und Hafenneubauten, die selbstredend weitgehend von den einschlägigen japanischen Großunternehmen ausgeführt werden sollen; im Rahmen einer »Japan Infrastructure Initiative« sollen zusätzliche 200 Milliarden Dollar investiert werden.

So anspruchsvoll ist das ökonomische Projekt Abes, Japan zum »Vorbild« für ein neues selbstbewusstes Asien zu machen. All das, ohne aus der Abhängigkeit vom Dollar in eine neue Abhängigkeit von China und in den Status einer zwar großen, aber untergeordneten Ökonomie im Rahmen einer auf die Volksrepublik ausgerichteten Region Asien zu geraten.

Das neue Japan und sein Militär

Abe macht mit seiner Rhetorik vom japanischen Tugendbold, der sich endlich wieder seiner selbst bewusst und damit zum Vorbild für ganz Asien im Kampf gegen auswärtige Mächte werden soll, und mit seiner Forderung nach Änderung der Verfassungsartikel, die bisher den angeblich pazifistischen Charakter von Japans Außenpolitik festgeschrieben hätten, deutlich, dass sich der Aufbruch, den er fordert, nicht auf die Ökonomie beschränken wird – und darauf auch gar nicht beschränken kann.

Die Dollar-Zone, in der Japan seit Jahrzehnten erfolgreich tätig ist, kam nicht durch die ökonomische Überzeugungskraft der US-Währung zustande. Die weitgehende Unterwerfung der Region unter das strategische Interesse der Vereinigten Staaten aufgrund deren militärischer Stärke war – ähnlich wie am westlichen Ende des großen Kontinents die Formierung des »Westens« durch die NATO – die Grundlage für das von US-Kapital und mit US-Kredit inszenierte regionale Geschäftsleben auf Dollar-Basis.

Mit dem Ende des »Ost-West-Konflikts« ist diesem Verhältnis die Grundlage entzogen. So existentiell wie in der Nachkriegsära sind mittlerweile weder Japan noch dessen kapitalistische Nachbarländer auf die USA als Schutzmacht angewiesen. Für Japan kommt hinzu, dass die Dollar-Zone, aus der es seinen Dollar-Schatz zu großen Teilen herausholt und in der es ihn produktiv mehrt, zugleich seine Abhängigkeit zementiert, von der das neue Japan in seinem Streben nach imperialistischer Autonomie wegkommen will. Mit seinem Willen und seinen Initiativen zur Ausrichtung der benachbarten Staatenwelt auf sich und seine nationale Finanzmacht untergräbt Tokio seinerseits die »Freundschaft« zu den USA, also die strategische Prämisse, die andererseits die Integration der Region in den auch von Japan genutzten Dollar-Weltmarkt garantiert. Und es steht sachlich vor der unabweisbaren Aufgabe, unter Titeln wie »Sicherung der Freiheit der Meere« den »Partnern« gegenüber als unverzichtbare Schutzmacht nationaler wie gemeinsamer Interessen aufzutreten, indem es deren Kapitalismus für seine Yen-Ökonomie funktionalisiert. Eine Aufgabe, die um so schwieriger zu lösen ist, als Japan damit faktisch sowohl in ein heftiges »Spannungsverhältnis« zu seiner bisherigen Schutzmacht wie auch

in ein gar nicht bloß ökonomisches, sondern weltpolitisches Konkurrenzverhältnis zur VR China tritt.

Was Japan als Militärmacht und als strategische Größe darstellt, verdankt der große ostasiatische Weltkriegsverlierer seiner Sonderallianz mit den USA. In den Nachkriegsjahrzehnten standen die Beziehungen zwischen der Siegermacht und dem um seine imperialistischen Ambitionen verkürzten Japan stets unter der Generalklausel der gemeinsamen antikommunistischen Front gegen die Sowjetunion, gegen China und gegen andere Störer der Pax Americana in der Region. Die Vereinigten Staaten waren die bestimmende Schutzmacht, Japan der strategisch fest verplante große vorgeschobene Posten im Westpazifik, in dieser Eigenschaft Nutznießer des US-amerikanischen Schutzschilds. In dieser Konstellation hat Japan nicht bloß ökonomisch Karriere gemacht und den Status der zweitgrößten Wirtschaftsmacht des Weltkapitalismus erreicht; es hat sich auch bis an die Schwelle zur Atommacht aufgerüstet.

Mit der Kapitulation des großen, für Japan komplett übermächtigen sowjetischen Feindes und der epochalen Wende der einst maoistischen VR China ist die Verbindlichkeit der strategischen Schicksalsgemeinschaft dahin, auf die Japan sich verlassen konnte, zu der es aber auch keine Alternative hatte. An ihre Stelle ist ein Verhältnis getreten, in dem Japan eine entschieden subalterne Rolle zukommt. Die wird jedesmal befestigt und fortgeschrieben, wenn die USA – seit Bill Clinton unter jedem Präsidenten in irgendeiner Form aufs neue – Asien zum Schwerpunkt ihrer globalen strategischen Orientierung ausrufen und ihren Zugriff auf die transpazifische Region zum Dreh- und Angelpunkt nicht nur ihres globalisierten Kapitalismus, sondern ihrer weltumspannenden Sicherheitsbedürfnisse erklären. Eine eigenständige Rolle Japans als autonom auf ihre Sicherheit bedachter Ordnungsmacht, eine japanische Strategie der politischen Inbesitznahme der Region und der Bevormundung dortiger Regierungen hat in der Ostasienpolitik der USA keinen Platz. Washington gesteht seinem Schützling den Rang eines autonomen Rivalen nicht zu.

Neben und gegen Amerika und China

Aus japanischer Sicht ist die Zeit US-amerikanischer Vormundschaft aber definitiv vorbei, die Emanzipation vom Status eines US-Schützlings überfällig; was zwingend einschließt, dass Japan den USA nicht bloß als Einzelstaat gegenübertritt – bilateral ist das Kräfteverhältnis nur allzu klar –, sondern als Repräsentant der Region, auf die Washington mit seiner Asienstrategie so vehement zugreift. Eine solche Machtposition in seiner näheren und weiteren Umgebung braucht Japan allerdings, wenn aus der Dollar-Zone, von

der es abhängt, »seine« von Yen-Krediten regierte Wirtschaftszone werden soll. Denn die Sicherheit internationalisierter nationaler Wirtschaftsinteressen wird nicht durch die ökonomische Attraktivität der Währung hervorgebracht, in der eine Region abrechnet, sondern umgekehrt entsteht die Alternativlosigkeit eines Kreditgelds durch die imponierende Gewalt seines Schöpfers. Wobei die USA mit ihrer Präsenz als militärisch stärkste westpazifische Macht in Sachen alternativloser Bevormundung anderer die Maßstäbe setzen.

Es kommt hinzu, dass Japan mit seiner – für eine Macht seiner Größe wesensnotwendigen – strategischen Ambition, sich neben den bzw. statt der Vereinigten Staaten als regionale Führungsmacht zu etablieren, nicht allein ist. Auch China verbindet seine ökonomischen Zugriffsinteressen mit dem Anspruch, die Sicherheit, die es für deren Verwirklichung braucht, selbst zu stiften. Und so findet sich Japan auf strategischer Ebene in der doppelten Konkurrenz wieder, die es auf dem Feld der Ökonomie eröffnet hat: Es will sich aus der einseitigen Abhängigkeit von der US-amerikanischen Schutzmacht emanzipieren, und es muss diese Emanzipation zugleich als Eindämmung der strategischen Besitzansprüche Chinas bewerkstelligen. In diesem Sinne wirft es der Volksrepublik immer wieder die Verletzung des Geists und des Prinzips des zivilen zwischenstaatlichen Umgangs, der Freiheit der Meere usw. vor, beschuldigt es unfriedlicher Einschüchterungspolitik gegenüber seinen näheren und weiteren Nachbarn – und macht damit Gehalt und Dimension seines Anspruchs deutlich, der sich mit der strategischen Ausbreitung Chinas sowenig verträgt: Japan will eine Ordnung in Asien stiften, die seine Interessen sichern soll. Das ist, was China bedroht.

Gegen diese Bedrohung verfügt Japan über ein Mittel, das enorm groß und mächtig ist, aber den Nachteil hat, dass es gar nicht sein eigenes ist: Stark im Verhältnis zur riesigen Volksrepublik und im Umgang mit dessen Machtentfaltung ist Japan als Alliiertes der USA. Denen vor allem führt es vor Augen, dass seine Politik gegen China mehr als eine bloß nationale Angelegenheit ist, vielmehr die Vertretung eines supranationalen Ordnungsanliegens – was für die USA freilich gleichbedeutend damit ist, dass die Garantie solch ordentlicher, allgemein nützlicher Verhältnisse in letzter Instanz wieder seine Sache ist und in seine eigenen Hände gehört, bestenfalls hilfsweise in die eines Verbündeten. Wenn also die USA die VR China als ihren wichtigsten Rivalen und Gegenspieler identifizieren, ist für Japans Stellung im ostasiatischen Konkurrenzkampf der Giganten klar, wer hier wen mit den größeren Erfolgsaussichten funktionalisiert. Dieser Konkurrenzkampf erhält mit dem Amtsantritt Trumps einen ganz neuen Zuschnitt.

Neue »Transpazifische Partnerschaft«

Die ökonomischen und strategischen Potenzen Japans genauso wie seine Drangsale und Bürden beruhen bisher auf der Rolle des Landes im Rahmen der globalen Dollar-Ökonomie und der Weltordnungsansprüche der USA. Diese Ansprüche werden nun von Washington unter der Führung Donald Trumps in eine Politik der »Unvereinbarkeit« des US-amerikanischen Nationalinteresses an der Ausnutzung und Beherrschung der Welt mit einer internationalen Geschäftsordnung überführt, in die sich andere Mächte auf Basis allseits verbindlicher Regeln zum eigenen Nutzen bisher einklinken durften und sollten. Diese fundamentale Wende zerstört endgültig den Status, den Japan innerhalb des globalen Systems der US-amerikanischen Dollar- und Atomkriegsmacht erlangt hatte.

In diesem Sinne nimmt die Führung Japans Trumps Kündigung des TPP als Gelegenheit wahr, aus eigener Kraft ein Freihandelsbündnis zu schmieden, das den anderen asiatisch-pazifischen Interessenten dieselben Leistungen wie das TPP bietet. Mit dem Nachfolgeabkommen CPTPP (Comprehensive and Progressive Transpacific Partnership) will Tokio die seit langem angestrebte ökonomische Ausrichtung der asiatisch-pazifischen Ökonomie auf seinen Standort – als Beitrag zu einem Yen-Wachstum, das Japan aus der Krise heraushilft – endlich erreichen, ohne dass sich die USA zugleich zum Hauptnutznießer bzw. Japan wieder einmal zum besonders nützlichen Zuträger für die Suprematie des Dollar machten. Dieses Ansinnen kann Tokio zumindest insoweit verwirklichen, als das CPTPP von allen verbliebenen TPP-Mitgliedsstaaten unterzeichnet wird und dem Vernehmen nach noch ein paar zusätzliche Staaten dem Abkommen beitreten wollen.

Die Herausforderung, die Japan damit zu bewältigen sucht, ist freilich grundsätzlicher Art. Sie besteht darin, dass Trumps Kündigung multilateraler Freihandelsabkommen, seine wiederholt geäußerte Ermunterung an alle Führer dieser Welt, sich so patriotisch wie er nur um das Wohl der je eigenen Nation zu kümmern, zu keinem Moment den Charakter eines freundlichen »Farewell« (Lebewohl) hat, sondern von ihm immer schon als Drohung gemeint ist: Die USA werden sich fortan ohne irgendwelche Rücksichten auf geschlossene Vereinbarungen oder allgemein akzeptierte und praktizierte Prozeduren des wirtschaftlichen Austauschs nur noch an den sich unmittelbar in Handels- und Zahlungsbilanzen niederschlagenden proamerikanischen Resultaten der globalen Wirtschaft orientieren. Dass Geschäfte überhaupt in und mit Dollar gemacht werden, reicht Trump ebensowenig, wie er strategische Verlässlichkeit seiner Partner gegen das aufzuwiegen gewillt ist, was er bei ihnen als undankbare Übervorteilung ihres US-

amerikanischen Schutzpatrons ausmacht. Auch Japan klagt er wegen eines penetranten Zahlungsbilanzüberschusses an, wobei er das für die Dollar-Macht so nützliche Recycling dieser japanischen Überschüsse durch den Kauf US-amerikanischer Treasuries bzw. Staatsanleihen zu übersehen scheint. Damit steht die aparte Symbiose zwischen Dollar und Yen auf dem Spiel, von der Japan bisher zehrt. Das heißt auch für Tokios neu geschmiedetes Freihandelsabkommen CPTPP: Es gibt kein ökonomisches Resultat asiatischen Wirtschaftens, das – womöglich unter Verweis auf die Einhaltung aller Regeln ehrlichen Freihandels – über dem amerikanischen »Recht« auf amerikanischen Nutzen steht, das im Zweifelsfall per Erpressung mit Strafzöllen auch gegen jeden noch so engen Verbündeten der USA erzwungen wird.

Das darf Japan inzwischen schon praktisch erfahren. Wenn nach der Unterzeichnung von CPTPP und noch lange vor seiner Ratifizierung und seinem Inkrafttreten Trump seinem Handelsbeauftragten die Anweisung gibt, doch einen erneuten Beitritt der USA zu einem »wesentlich verbesserten« TPP zu prüfen, dann ist das keine Anerkennung von Japans Erfolg, das CPTPP-Abkommen zustandegebracht zu haben, dem sich auch die USA zum eigenen Nutzen anschließen, sondern dessen Torpedierung: Trump will nur einem eindeutig, also einseitig den USA nützlichen Abkommen beitreten – oder er wird gegen das CPTPP den Nutzen seiner Nation durch die Fortsetzung der Politik der bilateralen Abkommen sichern.¹ Japan wird unter Androhung von Strafzöllen vor die Alternative gestellt, entweder ein neues TPP-Abkommen mit den USA und zu deren Bedingungen zu akzeptieren oder sich auf einen bilateralen Freihandelspakt einzulassen, was einer Aufforderung zur handelspolitischen Kapitulation gleichkommt. So zwingt Trump Japan dazu, seine ökonomische Emanzipation vom Dollar-Partner als das zu betreiben, was sie ist – als ein ökonomisches Kampfprogramm gegen ein Amerika, dessen Führung weniger denn je gewillt ist, sich durch den Verweis auf eine traditionelle, enge, gar existentielle Partnerschaft beeindrucken zu lassen. Denn die Vereinigten Staaten unter Trump lassen von solcherart Partnerschaft, die für Japan bis dato die Basis für seinen Auftritt als strategische Macht im Asien-Pazifik-Raum und auch für seinen Kampf um Emanzipation von seinem übermächtigen Partner gewesen ist, nicht mehr viel übrig.

Nippons neue Irrelevanz

Das führt der US-amerikanische Präsident Japan vor allem am Beispiel seines Umgangs mit Nordkorea vor. Er eskaliert die Feindseligkeiten mit der widerspenstigen Nation, die sich gegen alle Bemühungen Washingtons, das Regime zur Aufgabe zu nötigen, eine auch von den USA nicht zu ignorierende Abschreckungsmacht verschafft hat. Mit der droht

Nordkorea selbstredend und viel eher noch als den USA deren Verbündeten in der Region, zu denen an vorderster Front Japan gehört.

Nicht zuletzt im Fall Nordkorea hat Japan seine Doppelstrategie betrieben, sich gestützt auf seine Nützlichkeit und Unverzichtbarkeit für die USA zu einer zu strategischer Eigenständigkeit berufenen und berechtigten Macht in der Region zu entwickeln. In diesem Sinne hat Tokio jeden Fortschritt Pjöngjangs auf dem Weg zur Atommacht unmittelbar als immer weniger hinnehmbare Gefahr für sich definiert und seinen antinordkoreanischen Sicherheitsbedarf zum Essential auch der Sicherheitsinteressen seines strategischen Partners zu erheben versucht, die ganz viel autonome Aufrüstung erforderten.

Der unter Abe forcierten japanischen Feindschaft gegen Nordkorea gibt Trump recht – mit einer entscheidenden Modifikation: Seine Feindschaftsansage schließt die Inanspruchnahme Japans als fest verplanten Vorposten, »Our friend and ally«, ein, übergeht aber dessen strategische Sicherheitsansprüche. Der US-Präsident entfaltet seine Konfrontation gegen Nordkorea ohne Rücksicht auf die strategischen Nöte und Ansprüche des geschätzten japanischen Alliierten – und praktiziert eine Diplomatie mit Nordkorea, von der Japan komplett ausgeschlossen ist. So führt er Tokio vor, dass noch nicht einmal die atomkriegsträchtige Feindschaft gegen Nordkorea, dessen Gegnerschaft sich ausdrücklich auch gegen Japan als US-Vasallen richtet, irgendeine Form strategischer Berücksichtigung oder gar Privilegierung Japans durch die USA bewirkt.

Dass damit auch alle Grundlagen der japanischen Versuche, die Macht der USA für sich und seine eigenen Machtambitionen auszunutzen, zerstört sind, ist das eine. Dass darüber das Vorankommen der Nation als eigenständiger imperialistischer Macht für sie um so dringlicher wird, das andere.